

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 246 | 43. Woche | 74. Jahrgang | E 4029 | L

Mittwoch, 24. Oktober 2018 | Ausgabe Kreis Ludwigsburg

2,00 €



Science-Center liegen im Trend

Wissenschaft mit Witz

Kompliziertes begreifbar machen, Technik zum Staunen – Museen gehen neue Wege, um Kindern Wissen zu vermitteln. SEITE 2

Koloniales Erbe aufarbeiten



Sammlung Namibia fordert zu Recht Objekte aus dem Linden-Museum Stuttgart zurück. Von Adrienne Braun

Die Herren kamen mit Kisten voller Schätze zurück. Ob es Forschungsreisende oder Missionare waren, Geschäftsleute oder Beamte, wer Ende des 19. Jahrhunderts in die deutschen Kolonien reiste, brachte Souvenirs mit – Ketten und Armbänder, Federschmuck, Geschirr oder Kultgegenstände. Ohne diese zahllosen Mitbringsel sähe es heute etwa im Linden-Museum Stuttgart sehr traurig aus: die Vitrinen leer, die Depots überflüssig. Denn 91 Prozent der Bestände des ethnologischen Museums sind während der Kolonialzeit ins Haus gekommen.

Zwei der insgesamt 160 000 Objekte aus der Sammlung sollen nun in die Heimat zurückkehren. Schon lange fordert Namibia eine Bibel und eine Peitsche zurück, die einst dem namibischen Nationalhelden Hendrik Witbooi gehört hatten. Ende des 19. Jahrhunderts erbeuteten die deutschen Truppen die Stücke, die später als Schenkung ins Linden-Museum Stuttgart gelangten. Dort könnten sie rein rechtlich gelassen bleiben, denn anders als bei NS-Raubkunst gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, Kulturgut aus der Zeit des Kolonialismus zurückzugeben.

Allerdings könnte sich das in absehbarer Zeit ändern, sofern sich Bund, Länder und Kommunen im nächsten Jahr auf eine Regelung einigen. Während die CDU-Landtagsfraktion diese Entscheidung abwarten will, drängt Ministerin Theresia Bauer (Grüne) darauf, endlich Fakten zu schaffen und Bibel und Peitsche alsbald an den namibischen Staat zurückzugeben.

So ist das Thema, das Inés de Castro seit Jahren beherzt angeht, in der Landespolitik angekommen. Die Direktorin des Linden-Museums treibt als eine der führenden Ethnologinnen den Umgang mit unserem kolonialen Erbe offensiv voran – und arbeitet es auch im eigenen Haus energisch auf. 25 000 Objekte aus Namibia, Kamerun und dem Bismarckarchipel hat sich das Museum in den vergangenen zwei Jahren vorgenommen, um herauszufinden, ob es einen „Unrechtskontext“ gibt, wie es in Fachkreisen heißt. Und tatsächlich: Ein großer Teil wurde von den deutschen Schutztruppen erbeutet, Häuser wurden geplündert, oder getöteten Einheimischen wurde der Schmuck gestohlen.

Das Linden-Museum ist inzwischen Vorreiter im kritischen Umgang mit dem kolonialen Erbe, weshalb Berlin Inés de Castro auch gern ans Humboldtforum gelockt hätte. Sie vertritt einen neuen Typus Wissenschaftlerin, die ihre gesamte Disziplin selbstkritisch auf den Prüfstand stellt. Denn sowohl in der Sprache als auch in den wissenschaftlichen Kategorien stößt man bis heute auf die Vorstellung, dass Gesellschaften Entwicklungsstadien durchlaufen – und Europa selbstverständlich an der Spitze steht. Wobei auch jenseits der Museen noch durch manchen Kopf die Vorstellung geistert, dass Europa dem Rest der Welt überlegen sei.

So geht es in der Diskussion um Kulturgut aus der Kolonialzeit um viel mehr als um Objekte wie Bibel und Peitsche, sondern um eine Debatte, die uns letztlich alle betrifft. Anders als bei den Gemälden, die im Nationalsozialismus gestohlen wurden, lassen sich die Eigentümer ethnologischer Objekte meist nicht mehr ermitteln. Es geht auch nicht um horrenden Preise, sondern um eine moralische Haltung. Man kann die Rückgabe gesetzlich regeln, wichtiger ist es aber, mit den Herkunftsgesellschaften ins Gespräch zu kommen und von Fall zu Fall zu überlegen, wie man mit den Stücken umgehen könnte.

Sorge, dass im Linden-Museum von den 16 000 Objekten bald nichts mehr übrig ist, muss man übrigens nicht haben. Denn bisher haben die Vertreter der ehemaligen Kolonien meist zugestimmt, dass die Objekte im Linden-Museum bleiben können – allein schon, weil sie dem hiesigen Publikum auch etwas über die eigene, dunkle Vergangenheit erzählen können.

Die Dritte Seite

Die große Inszenierung: ein Jahr AfD im Bundestag SEITE 3

Baden-Württemberg

Safran – das rote Gold von der Schwäbischen Alb SEITE 23

Sport

Erst VfB, jetzt HSV: Hannes Wolf auf neuer Aufstiegsmission SEITE 32

Türkei spricht von geplantem Mord

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat die Tötung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi als „barbarischen geplanten Mord“ angeprangert und erhöht damit den Druck auf das Regime in Riad. „Die bisher aufgetauchten Informationen und Beweise zeigen, dass Jamal Khashoggi einem brutalen Mord zum Opfer gefallen ist“, sagte Erdogan bei einer Rede am Dienstag in Ankara.

Gleichzeitig wuchs auch international der Druck auf Saudi-Arabien. Die G7-Außenminister forderten Saudi-Arabien auf, bei der Aufklärung uneingeschränkt mit den türkischen Behörden zu kooperieren. Indes kündigte US-Außenminister Mike Pompeo erste Strafmaßnahmen an. Seine Regierung werde den Saudi-Arabern, die in die Tat verwickelt seien, das Visum entziehen, sagte er am Dienstag. dpa/AFP – Druck auf das saudische Königshaus SEITE 6

Heftige Debatte um Fahrverbote

Verkehr OB Kuhn kritisiert „Panikreaktion“ der Bundesregierung. Daimler zahlt 2400 Euro für die Nachrüstung. Von Michael Heller

Die Pläne der Bundesregierung, Fahrverbote durch eine Änderung des Immissionsschutzgesetzes abzuwenden, hat der Stuttgarter OB Fritz Kuhn (Grüne) als „Panikreaktion“ kritisiert. Mit Blick auf die Landtagswahlen am Sonntag in Hessen, wo in der Metropole Frankfurt Fahrverbote drohen, sagte Kuhn: „Ich habe das ab, das ist nicht durchdacht.“ Bei der Veranstaltung „Wie bleibe ich in der Stadt mobil?“ der Stuttgarter Zeitung verteidigte Verkehrs-Staatssekretär Steffen Bilger den Vorstoß gegen die Kritik Kuhns. Es mache keinen Sinn und sei unverhältnismäßig, sagte Bilger, in Frankfurt Fahrverbote zu verfügen, da die Stadt kurz davor stehe, die Grenzwerte einzuhalten. Der Staatssekretär kritisierte seinerseits eine Stadt wie Berlin, wo trotz bevorstehender Fahrverbote völlig veraltete Touristenbusse unterwegs seien. „Diese Stadt lässt die Autofahrer in Stich“, sagte Bilger. Die Bundesregierung will im Immissionsschutzgesetz konkreter festlegen, was als verhältnismäßig gilt.

Dieselkrise und Fahrverbote haben bei der Veranstaltung zum Auftakt des StZ-Fachkongresses „Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt“ am 24. und 25. Oktober in Stuttgart die Diskussion geprägt. Kuhn kritisierte die Autoindustrie scharf, weil sie sich lange dagegen gewehrt hat, Dieselfahrzeuge nicht nur durch Software-Updates, sondern auch durch Hardware nachzurü-

ten. Der designierte Daimler-Vorstandsvorsitzende Ola Källenius wehrte sich. Daimler, so sagte er, halte die Hardware-Nachrüstung zwar nicht für die beste Maßnahme, werde aber nicht bremsen, sondern einen konstruktiven Beitrag leisten. Daimler bietet nach seinen Worten einen Beitrag von 2400 Euro für die Nachrüstung an. Dies entspricht nach Schätzungen etwa 80 Prozent der Kosten.

Auf Nachfrage von StZ-Chefredakteur Joachim Dorfs, der die Diskussion moderierte, lehnte er die Übernahme der verbleibenden 20 Prozent der Kosten ab und sagte: „2400 Euro sind ein stattlicher Betrag.“ Staatssekretär Bilger sagte mit Blick auf die 20 Prozent, er hoffe, dass sich die Industrie noch einen Ruck gebe. Allerdings wollen nicht alle Hersteller bei der Nachrüstung mitmachen. Bei Euro-4-Dieselfahrzeugen gelten Hardware-Nachrüstungen als aussichtslos. Bilger: „Das macht keinen Sinn.“ Offen blieb in der Diskussion, wann genau mit der Nachrüstung begonnen werden kann. „Wenn wir jetzt zügig starten, dann könnte das noch im Jahr 2019 Auswirkungen haben“, drückte Kuhn aufs Tempo. Bilger räumte ein, dass die Bundesregierung zu lange gebraucht habe. So sind noch immer eine Vielzahl von technischen Einzelfragen offen. Bilger: „Das muss sich jetzt in den nächsten Wochen klären.“ – Weitere Berichte SEITEN 4, 17



Durststrecke für Sparer hält an

Einer Umfrage zufolge bunkert jeder vierte Deutsche Bargeld zu Hause. Aus finanzieller Sicht gibt es jedoch bessere Optionen zu sparen. Bei der Telefonaktion unserer Zeitung sagten Experten vom Bundesverband deutscher Banken: „Wer langfristig anlegt, kommt an Aktien nicht vorbei und kann auch Durststrecken überstehen.“ Im Hinblick auf die bei Anlegern so beliebte Festzinsanlage machten die Fachleute keine große Hoffnung. „Wir erwarten frühestens Ende 2019 leichte Zinserhöhungen – in kleinen Schritten“, hieß es. Auch weil sich der Wirtschaftsaufschwung dem Ende zuneigt, ist noch lange mit tendenziell weiter niedrigen Zinsen zu rechnen. sam – Rendite lässt auf sich warten SEITE 11

EU lehnt Haushalt ab

Die EU-Kommission hat den von Italien vorgelegten Haushaltsplan für 2019 wegen zu hoher Ausgaben abgelehnt. Die Regierung in Rom hat nun drei Wochen Zeit, einen neuen Haushaltsplan einzureichen, der den Kriterien entspricht. SEITE 11

Streit über Raubkunst

Die Rückgabe von Raubkunst an Namibia trägt zur Vermittlung in der Landesregierung bei. Die Kunstministerin Theresia Bauer (Grüne) ist zum wiederholten Mal mit dem Thema im Ministerrat gescheitert. Die CDU zieht nicht mit. SEITE 5

S-Bahn: neue Technik

Die Pläne für moderne Signaltechnik im Schienennetz der Region Stuttgart und für neue S-Bahn-Fahrzeuge werden konkreter. Damit soll die Pünktlichkeit von S-Bahnen und Regionalzügen steigen. Doch noch ist offen, ob der Bund mitfinanziert. SEITE 22

Wetter SEITE 10

Mittwoch 14°/10°	Donnerstag 16°/10°	Freitag 15°/6°

Börse SEITEN 14, 15

- Dax 11 274,28 Punkte (- 2,17 %)
- Dow Jones 25 191,43 Punkte (- 0,50 %)
- Euro 1,1478 Dollar (Vortag: 1,1494)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Fünf Freunde in der Midlife-Crisis

Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Kinder- und Erwachsenenwelt ist komplizierter, als man denkt. Mancher ist mit fünf Freunden aufgewachsen, deren Reiz darin bestand, ständig Fälle zu lösen, für die normalerweise Geheimdienste, Agenten oder Sondereinsatzkommandos zuständig wären. Sie hießen Julian und Dick, Ann und George, nicht zu vergessen Timmy, den Hund. In gut zwanzig Jugendbüchern der englischen Autorin Enid Blyton treiben sie das, wovon man ausgehen würde, dass es alle Kinder nun einmal gerne treiben würden: Schatzinseln erkunden, Entführer jagen, Strandräuber verfolgen oder mit Zigeunermädchen... Hups, dieser Band heißt inzwischen „Fünf Freunde und die wilde Jo“ und ist nur ein Beispiel, wie man im Lauf der Zeit immer wieder versucht hat, das früh vergreiste Rollenmodell dieser in vielerlei Hinsicht ziemlich gestrigen Jugendwelt der jeweiligen Gegenwart anzupassen.

Mittlerweile haben die fünf den auf Dauer gestellten Ausnahmezustand ihrer frühen Jahre hinter sich gelassen. Sie sind erwachsen geworden, nicht anders als ihre einstigen Leser.

Buch Die Helden von Enid Blyton sind erwachsen geworden. Von Stefan Kister

Doch die Abenteuer gehen weiter, die Tücken lauern nur woanders. Zum Beispiel in der Ernährung. Ann hat ein Kochbuch geschenkt bekommen, das ihr die Augen für die Gefahren der westlichen Küche öffnet, ab sofort wird umgestellt: Schaffen es Julian, George, Dick, Anne und der mittlerweile 19 Jahre alte Timmy, an ihrer neuen Ernährungsweise festzuhalten, ohne dass daraus ein Hundeleben wird? Dieser aufregenden Frage geht der Band „Fünf Freunde essen glutenfrei“ nach.

Geschrieben hat ihn der britische Autor Bruno Vincent unter dem Namen der 1968 gestorbenen Autorin, mit Billigung der Erben. Fünf Bände sind von dem verschmitzten Ghostwriter bereits erschienen, zwei davon jetzt auf Deutsch im Riva-Verlag. Neben dem erwähnten noch „Fünf Freunde werden Helikoptereltern“, worin es um Gebärdensprachkurse und Achtsamkeit für Kleinkinder geht. Während die jugendlichen fünf locker die Probleme der Großen gelöst haben, verhält es sich nun gerade umgekehrt. Und man muss zugeben: Was sind schon Strandräuber, Schatzinseln oder Entführer gegen einen ganz normalen Krabbelgruppenelternabend?

Luff



Ritterin ohne Furcht und Tadel